

»»» Energiewende bei Privathaushalten: große Potenziale im Wohnungsbestand

Nr. 410, 20. Dezember 2022

Autoren: Dr. Daniel Römer, Telefon 069 7431-6326, daniel.roemer@kfw.de
Dr. Johannes Salzgeber, Telefon 069 7431-2306, johannes.salzgeber@kfw.de

Auf Privathaushalte entfällt mehr als ein Viertel des Energieverbrauchs in Deutschland. Ein Großteil dieser Energie wird für das Heizen von Innenräumen verwendet – und zwar noch immer im Wesentlichen auf Basis fossiler Energieträger. Wohngebäude sind daher ein wichtiger Faktor auf dem angestrebten Weg zur Klimaneutralität. Im Gebäudesektor müssen die jährlichen Treibhausgasersparungen noch einmal verdoppelt werden, um das Sektorziel 2030 zu erreichen. Der Schlüssel hierfür ist eine Ausdehnung der Sanierungsaktivitäten – und die Überwindung von Sanierungshindernissen.

Finanzielle Aspekte zählen bei den Privathaushalten zu den wichtigsten Hemmnissen bei der Umsetzung energetischer Sanierungsmaßnahmen. Bei der Gebäudedämmung, einem zentralen Element zur Reduktion von Treibhausgasemissionen, stellt zudem die fehlende Auseinandersetzung mit dem Thema ein wichtiges Hindernis dar. Hier ist es daher wichtig, auch ergänzende Ansatzpunkte jenseits rein finanzieller Anreize zu nutzen. Gerade einkommensschwächere Haushalte informieren sich seltener zum Thema Energieeffizienz. Dies ist besonders nachteilig, da gerade diese Haushalte häufiger in sanierungsbedürftigen Gebäuden wohnen.

Es gilt daher, den Gebäudebestand wieder stärker in den Blick zu nehmen und den seit Jahren geforderten und angestrebten Anstieg der Sanierungsquote zu adressieren. Der aktuelle Auftragsrückgang im Neubaubereich könnte dafür ein guter Moment sein.

Wohngebäude spielen eine wichtige Rolle bei der Energiewende

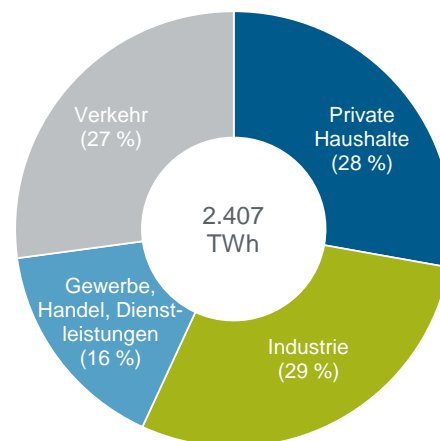
Der Klimawandel drängt sich immer stärker in unser Bewusstsein. Flutkatastrophen, Dürren und Hitzewellen verdeutlichen, dass ein entschlossenes Handeln gegen die Erderwärmung wichtiger denn je ist. Gleichzeitig vergegenwärtigt der Krieg in der Ukraine, dass die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern auch den Wohlstand und die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland beeinträchtigen kann. Eine Senkung des Energieverbrauchs und eine Stärkung alternativer, regenerativer Energiequellen sind deshalb aus ökologischer und ökonomischer Sicht das Gebot der Stunde.

Für die Privathaushalte in Deutschland rückt das Thema Energie spätestens mit Beginn der Heizperiode und den Diskussionen um hohe Kostenbelastungen auf die Tagesordnung. Denn Privathaushalte sind in Summe einer der größten Energieverbraucher in Deutschland (Grafik 1). Rund 28 % des gesamten Endenergieverbrauchs entfiel im Jahr 2021 auf die

Privathaushalte. Diese verbrauchten damit ungefähr so viel Energie wie die Industrie (29 %) oder der Verkehrssektor (27 %).

Grafik 1: Private Haushalte tragen wesentlich zum Energieverbrauch bei

Anteile der Sektoren am Endenergieverbrauch in Deutschland in Prozent (Gesamtverbrauch in der Kreismitte)



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von AG Energiebilanzen (2022).

Der Energieverbrauch der privaten Haushalte entfällt zu 85 % auf Raumwärme und Warmwasser.¹ Das bedeutet, dass fast ein Viertel der in Deutschland verbrauchten Energie zur Erwärmung von Wohnräumen und Wasser in Privathaushalten genutzt wird. Ca. 70 % dieses Energieverbrauchs werden noch direkt oder indirekt durch fossile Energieträger wie Kohle, Gas und Mineralöl gedeckt.²

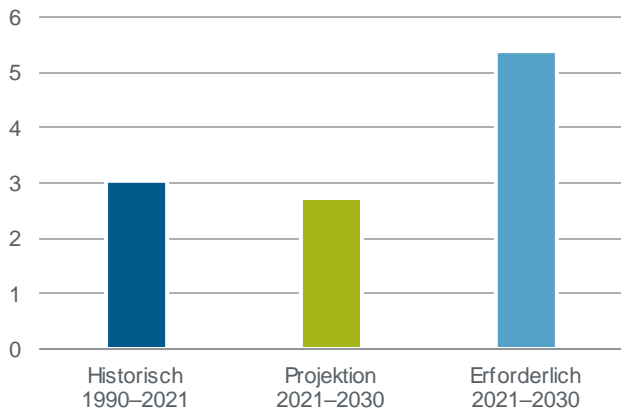
Die privaten Haushalte und die Wohngebäude sind damit zentral für das Erreichen der Klimaschutzziele. Zwar hat der Gebäudesektor seine Treibhausgasemissionen seit 1990 fast halbieren können, aber eine bloße Fortsetzung der bisherigen jährlichen Einsparungen würde das im Klimaschutzgesetz definierte Sektorziel für das Jahr 2030 deutlich verfehlen.

Denn bis Ende des Jahrzehnts müssen die Emissionen im Gebäudesektor pro Jahr um 5,4 Mio. t CO_{2e} gesenkt werden. Dies ist fast doppelt so viel wie die rund 3 Mio. t CO_{2e}, die seit 1990 durchschnittlich pro Jahr eingespart wurden. In den letzten 10 Jahren erreichten die Einsparungen mit jährlich 1,2 Mio. t CO_{2e} sogar nicht einmal ein Viertel des nun erforderlichen Wertes. Der aktuelle Projektionsbericht der Bundesregierung erwartet auf Basis der bis Ende 2020 beschlossenen

Maßnahmen eine Minderung um 2,7 Mio. t CO_{2e} pro Jahr, so dass auch aus diesem Blickwinkel eine Verdopplung der Einsparungen erforderlich ist (vgl. Grafik 2).³

Grafik 2: Verdopplung der Emissionsreduktion erforderlich

Jährliche Reduktion von Treibhausgasemissionen, in Mio. t CO_{2e}



Anmerkungen: Angegeben werden Durchschnittswerte über die genannte Zeitspanne; historische Emissionen auf Basis der Trendtabellen des Umweltbundesamtes in der Fassung vom 15.3.2022; Projektion gemäß des Projektionsberichts 2021 von Öko-Institut et al.; erforderliche Reduktionen gemäß Klimaschutzgesetz.

Quellen: Eigene Berechnungen auf Basis von Umweltbundesamt (2022) und Ökoinstitut et al. (2021).

Einkommensschwächere Haushalte wohnen in älteren Gebäuden

Wichtig ist deshalb genauer zu verstehen, in welchem energetischen Zustand sich der Gebäudebestand befindet und welche Haushalte in den Häusern mit dem größten Sanierungsbedarf wohnen. Daraus lassen sich Rückschlüsse ziehen, welche Haushalte durch eine Verbesserung der Gebäudeeffizienz besonderes entlastet werden könnten und wo das Potenzial für eine Senkung der Treibhausgasemissionen am größten ist. Ergebnisse aus dem KfW-Energiewendebarmeter 2022 geben Einblicke in diese Fragen.

Ein erster Befund ist, dass einkommensschwächere Haushalte häufig in älteren Gebäuden wohnen (Grafik 3). Nach Angaben der befragten Haushalte sind die bewohnten Gebäude im Durchschnitt bei der einkommensschwächsten Gruppe (unterstes Quartil) rund 16 Jahre älter als bei der einkommensstärksten (oberstes Quartil).

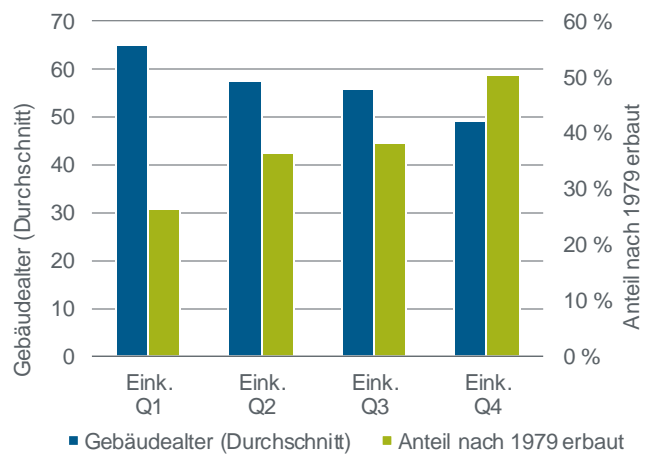
Gleichzeitig liegt bei den einkommensschwächsten Haushalten der Anteil der Gebäude, die nach 1979 gebaut wurden – und damit bereits bei Erbauung zum indet energetische Mindeststandards erfüllten – mit knapp 27 % deutlich unter dem Anteil von 50 % bei den einkommensstärksten Haushalten.

Weiterhin zeigt sich, dass es auch ein Stadt-Land-Gefälle mit Blick auf das Alter gibt. Der Anteil, der nach 1979 gebauten Gebäude im ländlichen Raum, ist deutlich höher als in städtischen Räumen; hierin spiegelt sich wider, dass Neubaugebiete primär in ländlichen Räumen erschlossen werden, wo die benötigten Flächen vorhanden sind. Beim Durchschnittsalter der Gebäude zeigt sich ein ähnlicher Trend, der allerdings durch besonders alte Gebäude in den dörflichen Strukturen ein wenig verwässert wird. Betrachtet man nur Gebäude ab Baujahr 1860, zeigt sich, dass die Gebäude in den Großstädten rund 16 Jahre älter sind als in den Landgemeinden und

dass das Durchschnittsalter abnimmt, je kleiner die betrachtete Gemeinde ist.⁴

Grafik 3: Hausalter sinkt mit steigendem Einkommen

Durchschnittliches Gebäudealter in Jahren



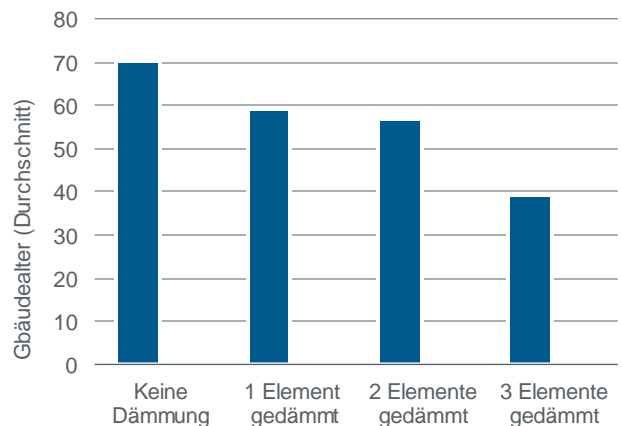
Quelle: KfW-Energiewendebarmeter 2022.

Jüngere Gebäude sind im Durchschnitt besser gedämmt

Entscheidender als das Alter der Gebäude ist deren Dämmzustand, wobei es zwischen beiden Größen einen klaren Zusammenhang gibt. Die Haushalte wurden im KfW-Energiewendebarmeter befragt, welche Elemente des Gebäudes gedämmt sind. Zur Auswahl standen die Außenwand, das Dach und die Kellerdecke. Aus den Antworten wird deutlich, dass Gebäude, bei denen mehrere Bereiche gedämmt sind, deutlich jünger sind als die restlichen Gebäude. So sind die am besten gedämmten Gebäude im Schnitt mehr als 30 Jahre jünger als die am schlechtesten gedämmten Gebäude (Grafik 4).

Grafik 4: Gut gedämmte Gebäude sind jünger

Durchschnittliches Gebäudealter in Jahren



Quelle: KfW-Energiewendebarmeter 2022.

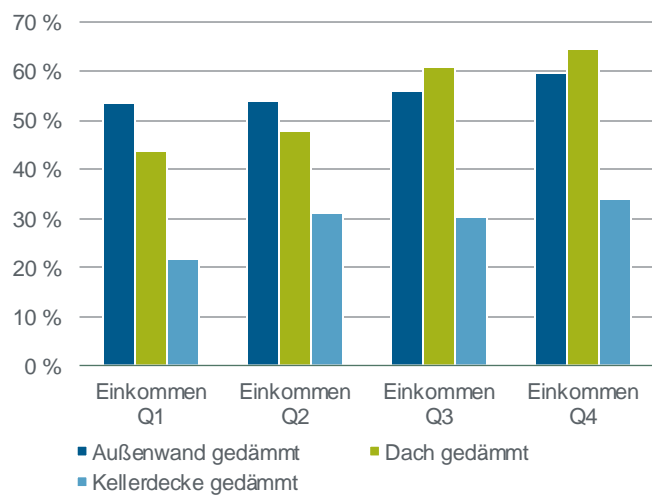
Ältere Gebäude sind also im Durchschnitt deutlich schlechter gedämmt und werden häufiger von einkommensschwächeren Haushalten bewohnt. Sie befinden sich zudem häufiger in städtischen Gebieten, wo auch die Verwendung von Energietechnologien wie Photovoltaikanlagen oder Wärmepumpen seltener ist als auf dem Land.⁵ Dies stellt eine besondere Belastung der betroffenen Haushalte dar.

Insbesondere Haushalte mit niedrigem Einkommen und Mieter wohnen in schlecht gedämmten Gebäuden

Der über das Alter abgeleitete Zusammenhang bestätigt sich auch bei einer Betrachtung der Nutzung der verschiedenen Dämmkomponenten (Grafik 5). In der Befragung zum KfW-Energiewendebarmometer gab die Gruppe mit den niedrigsten Einkommen an, dass durchschnittlich 1,2 der oben genannten Bereiche in den Wohngebäuden gedämmt seien, bei der Gruppe der höchsten Einkommen liegt der Wert bei 1,6. Besonders selten wurde bei den niedrigen Einkommen die Dämmung der Kellerdecke genannt. Bei Außenwand und Dach zeigen sich ebenfalls deutliche Unterschiede zwischen den Einkommensgruppen.

Grafik 5: Einkommensstarke Haushalte wohnen in besser gedämmten Gebäuden

Anteil der Haushalte in Prozent



Anmerkung: Dargestellt ist der Anteil der Haushalte in der jeweiligen Einkommensgruppe, der angab, dass die entsprechende Dämmung beim bewohnten Gebäude vorliegt.

Quelle: KfW-Energiewendebarmometer 2022.

Das Einkommensgefälle zeigt sich auch bei den Fenstern, einem weiteren Element einer energieeffizienten Gebäudehülle. So liegt der Anteil der Haushalte, deren Fenster mit der energieeffizienten 3-fach-Verglasung ausgestattet sind, bei den einkommensstärksten Haushalten bei 23,6 %, in der Gruppe der einkommensschwächsten Haushalte sind es nur 7,7%. Hingegen nutzt fast noch jeder zehnte einkommensschwache Haushalt (9,6 %) Fenster mit 1-fach-Verglasung, der energetisch schlechtesten Variante, während es bei den einkommensstärksten Haushalten nur noch 1,9 % sind.

Auch die Eigentumsverhältnisse spielen eine Rolle. So ist bei Mietern im Durchschnitt nur in einem der oben genannten Bereiche eine Dämmung vorhanden, während der Wert bei Eigentümern fast doppelt so hoch ist (1,8). Die Unterschiede im Dämmzustand legen den Schluss nahe, dass einkommensschwache Haushalte und Mieter den gegenwärtigen Preiseffekten besonders stark ausgesetzt sind. Denn einkommensschwache Haushalte haben aufgrund der niedrigeren Einkommen nicht nur ohnehin bereits höhere Anteile der Energiekosten an den Gesamtausgaben, sondern auch weniger finanziellen Spielraum, weitere Preisanstiege finanziell abzufangen. Mieter können wiederum die energetische Qualität ihrer Wohnung nicht direkt beeinflussen. In beiden Fällen kommt

erschwerend hinzu, dass die schlechtere energetische Situation ihrer Gebäude mit einem höheren Energieverbrauch und damit höheren Kosten einhergeht. Dies relativiert auch die niedrigeren Mieten, die im Durchschnitt für energetisch schlechter ausgestattete Wohnungen verlangt werden.⁶

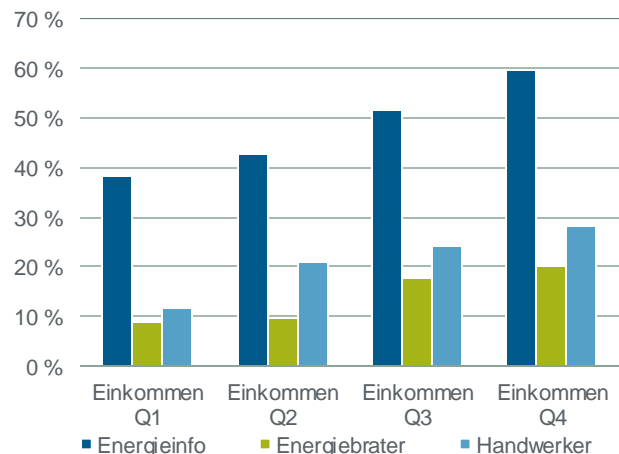
Einkommensstärkere Haushalte informieren sich öfter über Energieeffizienz

Einkommensstärkere Haushalte wohnen nicht nur im Schnitt in besser gedämmten Immobilien, sie beschäftigen sich auch öfter mit dem Energiezustand ihrer Immobilie (Grafik 6).

So gaben 60 % der Haushalte mit den höchsten Einkommen an, sich im vergangenen Jahr mit der Energieeffizienz ihres Hauses oder ihrer Wohnung beschäftigt zu haben. In der Gruppe mit den niedrigsten Einkommen sind es weniger als 40 %. Dabei steigt sowohl der Anteil der Haushalte, die Energieberater in Anspruch genommen haben, als auch der Anteil derer, die Handwerker zum Energiezustand der Immobilie konsultiert haben, kontinuierlich mit dem Einkommen an. Auch beim Energieausweis, Literaturstudium und Internetrecherche (also auch bei kostenlosen Quellen) informieren sich einkommensstarke Haushalte häufiger als einkommensschwächere.

Grafik 6: Einkommensstärkere Haushalte informieren sich öfter über Energieeffizienz

Anteil der Haushalte in Prozent



Anmerkung: Dargestellt ist der Anteil der Haushalte in der jeweiligen Einkommensgruppe, der sich grundsätzlich über den Energiezustand der Wohnung / des Hauses informiert hat (Balken Energieinfo), bzw. der sich bei einem Energieberater oder Handwerker informiert hat.

Quelle: KfW-Energiewendebarmometer 2022.

Gute Dämmung senkt Kostendruck und erleichtert Einsatz klimafreundlicher Energiequellen

Eine schlechte Dämmung ist aus zweierlei Gründen problematisch. Zum einen zeigt sich, dass der Kostendruck in besser gedämmten Gebäuden niedriger ist. Während 65 % der Eigentümer in schlecht gedämmten Gebäuden einen hohen oder sehr hohen Kostendruck bei der Wärmeversorgung verspüren, sind es in den am besten gedämmten Gebäuden nur 50 %. Bei Mietern zeigt sich eine ähnliche Differenz, auch wenn der Unterschied im wahrgenommenen Kostendruck aufgrund der nachgelagerten Nebenkostenabrechnungen hier insgesamt noch etwas geringer ausfällt (53 vs. 41 %).

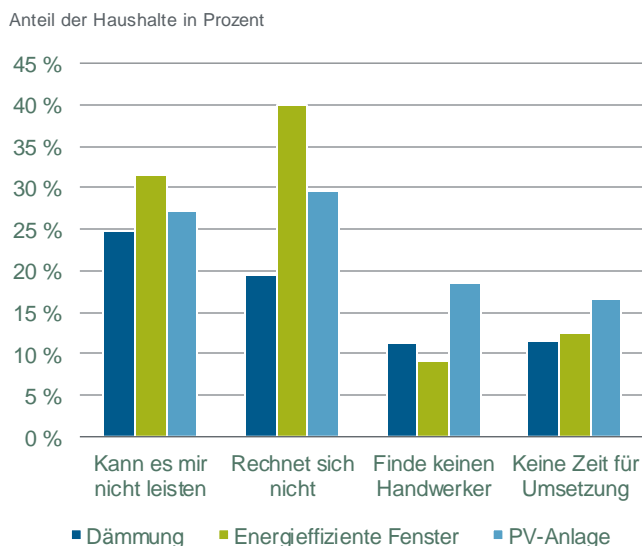
Zum anderen bieten sich auch nur gut gedämmte Gebäude für den Einsatz regenerativer Wärmequellen wie Wärmepumpen oder Solarthermie an. Im KfW-Energiewendebarmeter 2022 zeigt sich: je besser der Dämmzustand der Gebäude, desto eher werden weitere Energiewendetechnologien wie Wärmepumpen oder Solarthermie eingesetzt. Durch den schlechten energetischen Zustand der Gebäude haben einkommensschwächere Haushalte somit nicht nur höhere Kosten zu befürchten, sondern es wird auch erschwert, die Gebäude auf klimafreundliche und kostenunabhängigere Energiequellen umzustellen.

Finanzielle Gründe sprechen am häufigsten gegen Dämmung

Auf die Frage, warum Haushalte eine Verbesserung ihrer Gebäudehülle oder die Nutzung von solarer Energie nicht in Betracht ziehen, werden in erster Linie finanzielle Gründe genannt (Grafik 7). Rund 25 % der im KfW-Energiewendebarmeter des Vorjahres befragten Haushalte gaben an, sich eine neue Dämmung nicht leisten zu können; bei Fenstern waren es sogar 30 %. Die Anteile für Photovoltaik und Solarthermie liegen zwischen diesen beiden Werten.

Dabei werden erneut Unterschiede mit Blick auf die Einkommen der Haushalte deutlich. So zeigt sich insbesondere bei den Fenstern ein klares Gefälle zwischen den Einkommensgruppen. Rund 60 % der befragten Haushalte aus der einkommensschwächsten Gruppe gaben an, sich neue Fenster nicht leisten zu können. Bei den einkommensstärksten waren es lediglich 12 %.⁷

Grafik 7: Finanzielle Aspekte sind größtes Hindernis für Sanierungen



Anmerkung: Dargestellt ist der Anteil der Haushalte, für die eine Sanierung der abgefragten Maßnahmen aus den auf der horizontalen Achse dargestellten Gründen nicht in Betracht kommt.

Quelle: KfW-Energiewendebarmeter 2021.

Bei den weiteren Gründen für ausbleibende Modernisierungsmaßnahmen zeigen sich zwei interessante Effekte. Zum einen begründet fast jeder fünfte Haushalt, der sich die Nutzung von PV-Anlagen grundsätzlich vorstellen kann, dass die Umsetzung bisher an mangelnder Zeit gescheitert ist. Dies ist ein Hinweis auf nicht-monetäre Aspekte, die durch entsprechende verhaltensökonomische Ansätze behoben werden könnten –

und sei es durch eine automatische Potenzialberechnung für alle Haushalte, bspw. auf Basis des öffentlich zugänglichen Solarkatasters für Deutschland.⁸

Zum anderen zeigt sich eine Besonderheit bei den Maßnahmen zur Gebäudedämmung. Hier ist das am häufigsten genannte Hindernis eine mangelnde Beschäftigung mit dem Thema. Fast jeder Dritte nennt dies als Hindernis. Dies kann zum einen an den immer wieder anzutreffenden Mythen zu den Risiken der Gebäudedämmung liegen, die von Schimmelbildung bis zu einer angeblich höheren Brandgefahr reichen und bei vielen Haushalten ein schlechtes Bauchgefühl hinterlassen könnten – selbst wenn die Vorbehalte bereits seit Jahren als haltlos widerlegt wurden.⁹

Es scheint daher wichtig, die vorliegenden Informationen zum Thema noch konsequenter zu transportieren, um alle Haushalte zu erreichen. Denn der identifizierte Einkommenseffekt auf den Informationszugang spiegelt sich auch hier wider. Bei nahezu allen Maßnahmen führen einkommensschwächere Haushalte eine mangelnde Beschäftigung mit dem Thema als Hindernis an. Beim Thema Gebäudedämmung sind die Unterschiede sogar besonders deutlich: hier nennen mehr als die Hälfte (55 %) der einkommensschwachen Haushalte dies als Grund, bei den einkommensstärkeren Haushalten ist es hingegen nur rund ein Fünftel (21 %).

Effizienter Neubau allein reicht nicht, auch der Bestand muss energetisch ertüchtigt werden

Die Ergebnisse des KfW-Energiewendebarmeters zeigen, dass ein erhebliches Potenzial in der energetischen Sanierung der Wohngebäude steckt. Dieses Potenzial muss gehoben werden, um die Klimaziele im Gebäudesektor zu erreichen. Denn auch wenn im Neubau mittlerweile stark verbesserte Energieeffizienzwerte und klimafreundliche Wärmetechniken zum Standard werden, ist der Großteil des Wohngebäudebestands noch auf fossile Energieträger angewiesen und weist zum Teil noch erhebliche Defizite bei der Energieeffizienz auf.

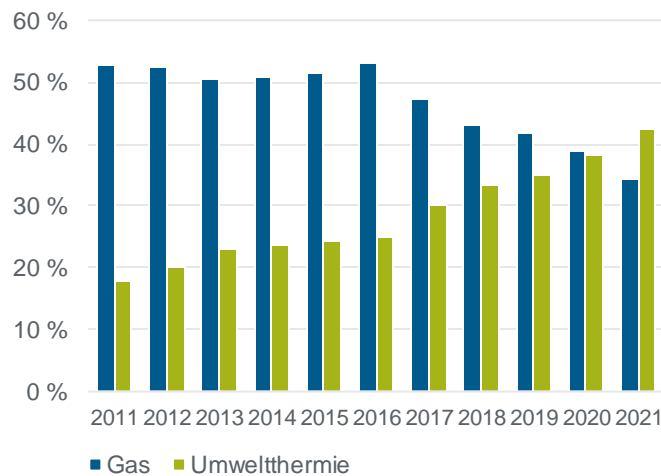
So konnten zwischen 2011 und 2021 zwar rund 440.000 Wohngebäude errichtet werden, die primär mit den klimafreundlichen Energiequellen Solarthermie, Umweltthermie oder Geothermie beheizt werden, am Gesamtbestand aller Wohngebäude hatten diese aber 2021 nur einen Anteil von rund 2 %.¹⁰ Im selben Zeitraum wurden immer noch mehr als 500.000 Wohngebäude errichtet, die primär mit Gas beheizt werden. Im Jahr 2021 war die Umweltthermie zum ersten Mal die meistgenutzte primäre Wärmequelle bei neugebauten Wohngebäuden und hat damit die lange Zeit an der Spitze stehende Gasheizung abgelöst (Grafik 8). Wärmepumpen insgesamt (inkl. Geothermie) wurden sogar bereits in jedem zweiten neu fertiggestellten Wohngebäude als primäre Wärmequelle genutzt (50,6 %). Im Jahr 2015 waren es noch 31,4 %.

Fast 80 % der seit 1993 neu errichteten Wohngebäude werden primär mit Öl oder Gas beheizt.¹¹ Auch wenn in den vergangenen Jahren klimafreundliche Technologien und Energiequellen einen immer größeren Anteil hatten, verbleibt ein Großteil des Wohngebäudebestands in Deutschland bis auf weiteres abhängig von den fossilen Energieträgern Öl und Gas. Den Verbrauch dieser Energieträger durch eine verbesserte Energieeffizienz der Gebäude zu senken, ist deshalb der

einfachste Weg, sowohl Kostenrisiken als auch Treibhausgasemissionen zu senken.

Grafik 8: Gas weiterhin die wichtigste Wärmequelle

Anteil der verwendeten Heiztechniken in neuerrichteten Gebäuden in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Darstellung.

Fazit

Der Gebäudebestand in Deutschland ist aktuell noch weit davon entfernt, klimaneutral zu sein. Hierbei ist insbesondere die Energieeffizienz der Wohngebäude ein entscheidender Faktor für die Reduzierung des Verbrauchs an Brennstoffen in diesen Gebäuden. Verbesserungen hier würden sowohl zur Reduktion der Treibhausgase beitragen als auch die Haushalte, die in diesen Gebäuden leben, von steigenden Öl- und Gaspreisen entlasten. Zudem setzt ein effizienter Ersatz klimafreundlicher Wärmequellen in aller Regel eine energieeffizientere Gebäudehülle voraus.

Mit der Verschärfung der ordnungsrechtlichen Vorgaben im Neubau ab dem Jahr 2023 wurde ein wichtiger Schritt getan, damit künftige Neubauten kompatibel mit dem Ziel der Klimaneutralität sind. Allerdings zeigt die Analyse, dass selbst bei den jüngst hinzugekommenen Teilen des Gebäudebestands noch ein deutlicher Anpassungsbedarf besteht, um die Klimaziele zu erreichen. Die flächendeckende energetische Ertüch-

tigung des Gebäudebestands muss deshalb ins Zentrum der energiepolitischen Zielsetzung rücken.

Das vorgelegte Klimaschutz-Sofortprogramm zeigt Wege auf, wie die Lücke bei den Klimazielen im Gebäudesektor geschlossen werden kann. Die Schlagrichtung des Programms ist somit richtig. Der Expertenrat für Klimafragen schätzt eine erfolgreiche Umsetzung gleichwohl als sehr herausfordernd ein.¹² Daher ist es wichtig, dieses Thema inhaltlich weiterzutreiben und alle Potenziale bestmöglich zu nutzen.

Die Entscheidung zur energetischen Sanierung ist nach wie vor eine finanzielle Herausforderung, wie das KfW-Energiebarometer zeigt. Die aktuell hohen Energiepreise dürften allerdings das Kalkül bzw. die Präferenzen der Haushalte deutlich in Richtung einer Modernisierung verschoben haben. Gleichzeitig zeichnet sich durch die steigenden Zinsen und Materialknappheiten ein Rückgang der aktuellen Neubauaktivitäten ab. Beide Entwicklungen gilt es zu nutzen, um dem Thema energetische Sanierung des Gebäudebestands den dringend benötigten Auftrieb zu verschaffen.

Hierbei ist zu berücksichtigen, dass es insbesondere Haushalte mit niedrigen Einkommen sind, die in sanierungsbedürftigen Objekten wohnen. Diese Gruppen unterliegen häufig nicht nur besonderen finanziellen Restriktionen, sondern informieren sich auch deutlich seltener über Energieeffizienz. Es ist wichtig, alle Bevölkerungsteile auf dem Weg der Energiewende mitzunehmen.¹³ Die im Sofortprogramm angelegte Handwerkerschulung könnte bspw. ein Hebel sein, das erforderliche Wissen in die Breite zu tragen.

Es ist wichtig, die aktuell hohen Belastungen durch die gestiegenen Energiepreise abzufedern, um den Haushalten nicht den Handlungsspielraum zu nehmen und die Akzeptanz des eingeschlagenen Wegs in der Bevölkerung hochzuhalten – ohne dabei das Erfordernis weiterer Investitionen zu verschleiern. Eine gut abgestimmte Kombination von Entlastungsmaßnahmen, Investitionsförderung und informatorischer Unterstützung erscheint daher zielführend, um die angestrebten Klimaziele im Gebäudesektor zu erreichen und gleichzeitig die Abhängigkeit deutscher Haushalte von fossilen Energieträgern zu verringern.

Das KfW-Energiebarometer

ist eine jährlich erscheinende haushaltsrepräsentative Befragung von etwa 4.000 in Deutschland ansässigen privaten Haushalten zu Entscheidungen und Einstellungen rund um das Thema Klimaschutz.

Weitere Informationen zum KfW-Energiebarometer unter: [kfw.de/energiebarometer](https://www.kfw.de/energiebarometer).

Folgen Sie KfW Research auf Twitter:

<https://twitter.com/KfW>

Oder abonnieren Sie unseren kostenlosen E-Mail-Newsletter, und Sie verpassen keine Publikation: <https://www.kfw.de/KfW-Konzern/Service/KfW-Newsdienste/Newsletter-Research/>

¹ Vgl. Umweltbundesamt (2020): [Endenergieverbrauch privater Haushalte](#). Im Jahr 2018 entfielen 67,6 % des Endenergieverbrauchs auf Raumwärme, 15,9 % auf Warmwasser.

² Vgl. AG Energiebilanzen e.V. (2022): [Auswertungstabellen zur Energiebilanz Deutschland, Daten für die Jahre 1990 bis 2021](#). Der Anteil von Kohle, Öl und Gas beträgt laut diesen Daten rund 56 %. Auf Fernwärme entfallen weitere 9 % – und 66 % der in Fernwärmekraftwerken erzeugten Wärme wird mit fossilen Energieträgern wie Gas und Kohle betrieben, wodurch sich ein Anteil von 62 % ergibt. Hinzu kommen fossile Anteile am Strommix, die hier nicht weiter betrachtet werden.

³ Vgl. Repenning et al. (2022): [Projektionsbericht 2021 für Deutschland](#), Tabelle 126. Aufgrund der aktuell erhöhten Preise für fossile Energieträger könnte sich der Reduktionspfad noch einmal leicht verstärken, allerdings sind weitere Maßnahmen erforderlich.

⁴ Die Gebäude vor 1860 stellen in der Gebäudetypologie eine eigene Gebäudeklasse dar, vgl. IWU (2015): [Deutsche Gebäudetypologie](#).

⁵ Vgl. Römer, D. und J. Salzgeber (2022): KfW-Energiewendebarmeter 2022, KfW Research.

⁶ So führen bauliche Charakteristika wie das Gebäudealter oder die wärmetechnische Beschaffenheit zu Auf- oder Abschlägen beim Mietspielraum. Schlechter ausgestattete Gebäude sind somit in der Regel (vor Nebenkosten) günstiger, vgl. Hinweise zur Integration der energetischen Beschaffenheit und Ausstattung von Wohnraum in Mietspiegeln (bund.de).

⁷ Vgl. Römer, D. und J. Salzgeber (2021): KfW-Energiewendebarmeter 2021, KfW Research

⁸ Für Hessen ist bspw. das entsprechende Kataster unter <https://www.energieland.hessen.de/solar-kataster> abrufbar.

⁹ Vgl. Deutsche Energie-Agentur (2015): Energetische Sanierung: Fakten statt Mythen.

¹⁰ Vgl. Statistisches Bundesamt (2021): Baugenehmigungen / Baufertigstellungen von Wohn- und Nichtwohngebäuden (Neubau) nach Art der Beheizung und Art der verwendeten Heizenergie, Lange Reihen ab 1980, Erschienen am 26.07.2021, sowie Statistisches Bundesamt (2021): Bautätigkeit und Wohnungen, Bestand an Wohnungen, Fachserie 5 Reihe 3, erschienen am 22. Juli 2021.

¹¹ Vgl. Statistisches Bundesamt (2021): Baugenehmigungen / Baufertigstellungen von Wohn- und Nichtwohngebäuden (Neubau) nach Art der Beheizung und Art der verwendeten Heizenergie, Lange Reihen ab 1980, Erschienen am 26.07.2021.

¹² Vgl. Expertenrat für Klimafragen (ERK) (2022): Prüfbericht zu den Sofortprogrammen 2022 für den Gebäude- und Verkehrssektor – Prüfung der den Maßnahmen zugrundeliegenden Annahmen gemäß § 12 Abs. 2 Bundes-Klimaschutzgesetz. Berlin: Hrg. v. Expertenrat für Klimafragen (ERK). Online verfügbar unter: <https://www.expertenrat-klima.de>.

¹³ Bspw. gilt es darauf zu achten, dass es im Bereich von Mietimmobilien ausreichende Anreize zur Sanierung gibt, ohne dass es zu systematischen Mehrbelastungen von Mietern kommt. Für Mieter lohnt sich die Sanierung häufig erst dann, wenn die Vermieter auch die Fördermöglichkeiten voll ausschöpfen, vgl. Lühr, J. (2022): Sanierungen rechnen sich für Mieter nur selten, FAZ online vom 14.12.2022.